

Lärmschutz wird zentrales Thema sein GNZ 6.März 2018

Politische Gespräche der Bürgerinitiativen gegen Bahnausbau gehen in die nächste Runde

Wächtersbach/Brachtal (re). Die Bürgerinitiativen „Ausbau Bestandsstrecke“, „Pro Brachtal“ und „Bahnausbau Wächtersbach“ trafen sich zum Informations- und Meinungsaustausch mit dem Fraktionsvorsitzenden der Kreistagsfraktion der Linken, Andreas Müller, und Fraktionsmitglied Tobias Huth.

„Aus unserer Sicht ignoriert die Bahn jegliche Sacharbeit der Menschen und ihrer Bürgerinitiativen“, beginnt Volker Lemcke das Gespräch, „deshalb sind gemeinsame Aktivitäten der BIs mit Parteien und Kreis so wichtig.“ „Dies unterstützen wir voll und ganz“, so Linken-Fraktionsvorsitzender Müller. „Nur wenn die verschiedenen BIs trotz unterschiedlicher Forderungen an einem Strang ziehen, wird der Protest erfolgreich sein. Dazu braucht es auch die Unterstützung möglichst vieler Verbände und Parteien.“ Bereits bei der politischen Kundgebung im Sommer 2017 in

Brachtal hatte Linken-Bundestagskandidat Dirk Methfessel diese gemeinsame Interessenlage betont.

„Im Grundsatz sind wir für den Ausbau der Strecke“, führt Müller weiter aus, „aber nur eine Variante, die im Kinzigtal verläuft und auch den in der Nähe der zukünftigen Trasse wohnenden Menschen mehr

Lärmschutz bringt, wird am Ende unsere Zustimmung finden. Hier werden wir auch genau auf den neuen Koalitionsvertrags schauen, sollte die neue Große Koalition in Berlin kommen, denn der Vertrag enthält genaue Aussagen zu verbessertem Lärmschutz an Bahnstrecken.“



Volker Lemcke, Peter Helmling, Reinhard Kauck und Wolfgang Seitz (v.l.) tauschen sich mit Linke-Fraktionsvorsitzendem Andreas Müller und Fraktionsmitglied Tobias Huth über die Trassenplanungen der Bahn aus.

FOTO: RE

Die Bürgerinitiativen kritisierten in diesem Zusammenhang das Vorgehen der Bahn. „Die Bahn hat bis heute keine Karten zur zukünftigen Lärmbelastung an Neubau- und Bestandsstrecken veröffentlicht“, so Reinhard Kauck aus Wächtersbach, „obwohl es bereits eine vorläufige Bewertung, ein Schallgutachten, für die Trassen in ihrer Gesamtlänge gibt.“ Auch das Fehlen der Zugzahlenprognose für das Jahr 2030, die das Regierungspräsidium Darmstadt als Bewertungsgrundlage gefordert hat, liege bisher nicht vor. „Auf dieser Basis darf keine Trassenentscheidung fallen“, stellt Peter Helmling von der Gelnhäuser Bürgerinitiative fest. „Für ein Projekt derartigen Ausmaßes darf es auf wenige Monate nicht ankommen, bis gesicherte Zahlen vorliegen.“ Tobias Huth ist überzeugt, dass das Kreistagsengagement zum jetzigen Zeitpunkt der richtige Weg ist, schließlich werde das Thema den Kreis noch viele Jahre beschäftigen.